

An
Elke Breitenbach
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales
Oranienstraße 106
10969 Berlin

**Offener Brief an die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales bezüglich
der Bebauung des Areals Ratiborstraße 14 in 10999 Berlin**

Berlin, den 21.05.2019

Sehr geehrte Frau Breitenbach,

wir – die Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung – begrüßen es ausdrücklich, wenn in unserem Kiez Wohnraum für Geflüchtete geschaffen wird. Herzlich willkommen!

Auf dem Areal Ratiborstraße 14 sollen nach dem Willen des Senats Sammelunterkünfte der Kategorie GU3 entstehen. Diese sind vorgesehen für Geflüchtete, die schon länger in Berlin leben, also schon verschiedene provisorische Unterbringungen (Hangar, Hostels, andere Lager) hinter sich haben. Nach Berliner Gesetz könnten sie als reguläre Mieter*innen in reguläre Wohnungen ziehen – wenn es denn welche gäbe.

Es fehlen also Wohnungen!

Das LAF (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten) argumentiert: "Da bezahlbarer Wohnraum in Berlin nach wie vor knapp ist, stellt das Land Berlin ersatzweise Wohnheime als Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung. Dort gibt es mehr Privatsphäre als in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Bewohnerinnen und Bewohner können sich selbst versorgen."

Der neue Typ Sammelunterkunft GU3 hat tatsächlich abgeschlossene Wohneinheiten. Dennoch handelt es sich nicht um Wohnungen im herkömmlichen Sinne. Es gelten auch hier die Belegungsvorgaben des LAF:

- kein Mischwohnen Geflüchteter und Nicht-Geflüchteter
- große Enge für Familien; für Einzelpersonen zusätzlich der Entzug von Privat- und Intimsphäre durch die Mehrfachbelegung von Zimmern
- Leben mit Haus- und Besuchsordnungen (stark eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten)
- keine Mieter*innenrechte
- Zuweisung durch das LAF, eine Umsetzung in eine andere Unterkunft ist jederzeit möglich
- eine Betreiberfirma mit Wachschutz
- und unter Umständen eine Umzäunung

Das lehnen wir entschieden ab!

Neue Provisorien sind kein Mittel gegen fehlenden bezahlbaren Wohnraum!

Integration kann so nicht funktionieren!

In der Koalitionsvereinbarung von 2016 steht: "Die Koalition sieht in bezahlbarem Wohnen ein Grundrecht für alle Berliner*innen. Sie macht sich stark für (...) eine bedarfsgerechte Versorgung mit Wohnraum. (...) Die Koalition verfolgt ein Konzept, mit dem die Unterbringung geflüchteter Menschen kleinteilig und dezentral in Wohnungen gewährleistet wird." Und weiter: "Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften praktizieren in Vorbildfunktion eine umfassende Beteiligung von Anwohner*innen bei Bauprojekten."

Im Letter of Intent vom 03.04.19 schreibt Baustadtrat Florian Schmidt: "Die Entwicklung auf dem Gelände Ratiborstraße 14 wird also dann richtungsweisend und modellhaft sein, wenn Wohnungen statt Gemeinschaftsunterkünfte gebaut werden."

Sie, Frau Senatorin Breitenbach, antworten am 12.04.19 in der Abendschau des rbb auf die Frage, wie gut oder schlecht die Unterbringung von Geflüchteten in Zukunft organisiert wird: "Tatsächlich planen wir (...) Unterkünfte, wo wir gucken, ist es dort möglich, gemeinsam geflüchtete Menschen und auch Studierende unterzubringen." Und: "Ich möchte auch nicht mehr weiter gegen die Bezirke immer Flüchtlingsunterkünfte bauen – sondern gemeinsam."

Das Areal Ratiborstraße ist keine ungenutzte Brache. Es wird verschiedentlich gewerblich genutzt, beherbergt einen Wagenplatz, einen Biergarten, eine KiTa, Spielplätze; es ist aber auch eine viel genutzte Grünfläche mit eindrucksvollem Baumbestand und Stadtnatur. Es erlaubt keine pauschale Planung. Gewachsene und standortspezifische Besonderheiten müssen berücksichtigt werden. Die jetzige Nutzung muss auf Dauer gesichert bleiben.

Wir fordern für das Areal Ratiborstraße und alle anderen Standorte:

- **Bau von Sozialwohnungen mit einem festgelegten Kontingent an Wohnungen für Geflüchtete!**
- **Integratives, dezentrales gleichberechtigtes Wohnen auf Dauer!**
- **Mehr politische Kreativität bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung!**

WOHNEN STATT UNTERBRINGUNG - UND KEINE VERDRÄNGUNG !

Mit freundlichen Grüßen

die Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung, nachbarschaftR14@gmail.com

Dieser Offene Brief wird unterstützt von:

- Campus Cosmopolis e.V.
- LAIAL V.i.G. – Verein für kulturelle Integration
- Migrationsrat Berlin e.V.
- S27 – Kunst und Bildung
- Wohnprojekt Villa Wir
- Projekt Wohnscouting
- Women in Exile e.V.
- XENION Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V., AG Wohnen

- Areal Ratiborstraße 14 e.V.
- ARGE Ratibor 14 (coop.disco+ / QuartierHandwerk)
- Bizim Kiez – Unser Kiez
- Block 89
- Bündnis Zwangsräumung verhindern
- Der Gemeindegemeinderat der Martha-Gemeinde
- GloReiche Nachbarschaft
- Initiative Stadt von Unten
- Kotti e.V. Nachbarschafts- und Gemeinwesenverein am Kottbusser Tor e.V.
- Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
- OJA-Martha – Offene Jugendarbeit in der ev. Martha-Gemeinde
- Ora Nostra
- Stadtteilarbeit Reichenberger Kiez
- Wi/R e.V.

Dieser Offene Brief geht in Kopie (E-Mail) an:

- Senator für Finanzen Dr. Matthias Kollatz
- Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher
- Staatssekretär für Integration Daniel Tietze
- Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzberg Monika Herrmann
- Baustadtrat Friedrichshain-Kreuzberg Florian Schmidt
- Büro der Bezirksverordnetenversammlung
- Landesvorstand Die Linke
- MdB Pascal Meiser, Die Linke
- MdB Canan Bayram, Die Grünen
- MdB Cansel Kiziltepe, SPD
- BImA – Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- BIM – Berliner Immobilien Management
- BGG – Berlinovo Grundstückentwicklungs GmbH

und an die lokalen Presseorgane